

Bürgerstimmen

zum Thema **Wahl**

Nationalratswahl

Welche Partei soll, welche Partei kann man wählen? Wird sich etwas an der bürgerfeindlichen Politik ändern, wenn eine andere Partei den Bundeskanzler stellt? Wird sich etwas ändern, wenn eine der Oppositionsparteien Regierungspartei wird? Aber wo, es werden andere Personen im gleichen Trott weiterwursteln und, statt unseren gigantischen Schuldenberg zu verkleinern, diesen immer weiter vergrößern, indem sie unsere Gelder über die EU anderen „hilfsbedürftigen“ Staaten „zur Verfügung“ stellen und uns so, wie man kleinen Kindern ein Märchen erzählt, weismachen wollen, daß wir dieses Geld ja mit Zinsen wieder bekommen. Nein, die Wahlen können so lange nichts ändern, bis wir, die riesengroße Mehrheit des Volkes, immer lauter und immer wieder mit allen rechtlich möglichen Mitteln die Forderung nach der wahren direkten Demokratie erheben, denn das „Demokratie-Paket“, mit dem sie uns die Augen auswischen wollen, ist es nicht wert darüber zu reden. Wir werden pausenlos verhöhnt und müssen pausenlos zahlen!

Helmut Ehold, per E-Post

Leserbrief aus *Kronen-Zeitung*, 31. 8. 2013

Anmerkung der Nachdenk-Seite: Richtig erkannt!! Kritik ist zwar gut, wenn diese dann auch der „Motor“ zum Handeln ist. Nur Meckern und Raunzen bringt uns nicht weiter. Forderung nach **Demokratie mit Volks-Abstimmungen** – nach dem Muster der Schweiz. Das müssen schon die Bürger sich erstreiten / erkämpfen. Auch die Schweizer Bürger bekamen ihre **Direkte Demokratie nicht** von „oben“ geschenkt.

In Gesprächen mit Politikern bekommt man Folgendes / Ähnliches zu hören: „Wir haben nun mal eine Repräsentative Demokratie.“ (Daß diese sehr wohl auch funktionieren könnte, es aber nicht tut, schrieben wir schon mal.) „Wir haben nun mal...“ Da scheint wohl eine „Verwechslung“ vorzuliegen! Schließlich sind wir Bürger der Souverän und nicht die Politiker. Wir haben das Recht zu sagen, was wir wollen – und nicht Politiker, die uns „erklären“ wollen, was wir denn *nun mal haben*.

Vergessliche Wähler?

Wer weiß schon, wie die kommenden Wahlen ausgehen werden? Niemand außer einigen Meinungsforschern. Eines ist ziemlich sicher, die Mehrheit der Wähler wird wohl wieder die Parteien der großen Koalition wählen. Vergessen sind dann die seinerzeitige Ratifizierung des EU-Lissabon-Vertrages und des ESM mit allen seinen Folgen durch die SPÖ, ÖVP und die Grünen, vergessen sind dann der Kauf der Eurofighter und seine ominösen Gegengeschäfte, vergessen sind dann der Verrat an unserer Neutralität, vergessen sind die gestiegene Kriminalität und vor allem der Asylwerber-Tsunami, vergessen sind die gestiegenen Arbeitslosenzahlen, vergessen sind die hohe Inflation und damit die Preissteigerungen bei den Lebensmitteln, bei

der Energie und bei vielen Dingen des täglichen Verbrauchs, besonders betroffen sind die Pensionisten. Die Grünen haben schon in den 80er- und 90er-Jahren dafür „gekämpft“, daß der Treibstoff 20 Schilling kostet, und niemand hat ihnen geglaubt! Teilweise zahlen wir schon mehr als 1,50 Euro, und die Leute wählen diese Grünen immer noch! Eine besondere „Unart“ hat sich mit der Ausgrenzung von möglichen Koalitionsparteien – schon vor dem Wahlkampf – eingebürgert („Vranitzky-Doktrin“). Angeblich wünschen sich – laut einer Umfrage in Qualitätszeitungen – 19 Prozent Rot-Grün-Schwarz. Wenn man daraus eine Mehrheit herauslesen will, ist das wohl schon Panik! Viele Leute meinen, wer die Grünen in die Regierung holen will, ist absolut nicht mehr wählbar, denn die sogenannte „Kenia-Koalition“ steht für mehr Schulden, mehr Zuwanderung, mehr Steuern, mehr Bevormundung, noch mehr Europa, mehr Staat-Alimentierte usw. Gut, daß nicht Umfragen die Wahl entscheiden, sondern der Wähler! Wer koalitiert eigentlich mit wem, wenn das Ergebnis am Wahltag, dem 29. September, ganz anders, nämlich etwa so gut ausfällt: SPÖ 20%, ÖVP 20%, FPÖ 20%, Grüne 7%, BZÖ oder Stronach 4% und Nichtwähler plus ungültige Stimmen 29%? Müsste in einem solchen Fall nicht eine Personalreduktion vorgenommen werden? Also z. B. eine Verkleinerung des Nationalrates und der Regierungsmannschaft, denn die Staatssekretäre sind allesamt unnötig und eigene Minister sowie der gesamte Bundesrat ebenfalls! Dies entspräche eindeutig dem Willen der vielen „Nichtwähler“! Dazu wäre zwar eine Änderung unserer Bundesverfassung notwendig, aber gravierender als die Änderungen der diversen EU-Verträge ohne Volksbefragung wäre das wohl auch nicht!

Mag. A. Bürger, per E-Post
Leserbrief aus *Kronen-Zeitung*, 3. 9. 2013

Wer einmal lügt

Wer einmal lügt... dem glaubt man nicht, auch wenn er zufällig mal die Wahrheit spricht! Man erinnere sich, als damals zwei Protagonisten der großen Regierungskoalition ihr eben gelegtes Überraschungsei – besser bekannt unter dem Synonym Spar- oder Konjunkturpaket – höchst medienwirksam begackerten. Was wurde uns da nicht alles versprochen, unter anderem auch eine längst überfällige Reduktion des National- und Bundesrates. Wie nicht anders zu erwarten, wurde daraus wieder einmal nur eine Nullnummer. Zu stark waren die Lobbyisten bzw. der Kleber an den Sitzen der zu entfernenden Mandatare! Dafür wurden die Belastungen der Bevölkerung durch fortschreitende Teuerung und Kürzungen von Pensionen etc. munter vorangetrieben. Warum sollen wir jetzt den Leuten glauben, welche wieder mit nichtssagenden und unglaubwürdigen Werbesprüchen von den Plakaten lächeln, wohlwissend, daß sie das dumme Wahlvolk damit nicht mehr beeindrucken können. Man setzt allem Anschein nach auf die Vergesslichkeit bzw. Unwissenheit der naiven Bevölkerung. Mehr Eindruck könnten die wahlwerbenden Parteien erheischen, würden sie auf die ganze Plakatierungswut verzichten und das eingesparte Geld den von dem verheerenden Hochwasser betroffenen Familien zur Verfügung stellen. Abgesehen vom guten Zweck würde unsere schöne Landschaft von all den unseligen Plakatwänden bzw. -ständen verschont bleiben, die sowieso nur unsinnig als Ärgernis in der Gegend herumstehen.

Josef Rosenbeiger, Salzburg
Leserbrief aus *Kronen-Zeitung*, 3. 9. 2013

„Weniger belämmert als die anderen“

Mit diesem Spruch wollen die Grünen wohl zum Ausdruck bringen, daß sie für eine Regierungsverantwortung besser qualifiziert seien als die anderen wahlwerbenden Parteien. Für mich ist diese Wahlwerbung aber ein Schuss ins eigene Knie, bringen die Grünen doch damit zum Ausdruck, daß sie selbst auch belämmert seien – halt ein bisschen weniger als die anderen. Aus diesem Blickwinkel gesehen erscheint die Gestaltung der Mariahilfer Straße in einem ganz anderen Licht und durchaus verständlich. Ich als Wähler wünsche mir aber in einer Regierungsverantwortung qualifizierte Vollprofis und nicht einen Klüngel aus Voll- oder weniger Belämmerten.

Harald Neschkudla, Wien
Leserbrief aus *Kronen-Zeitung*, 3. 9. 2013

Nationalrats-Wahl 2013

Wenn man die Plakate der Grünen betrachtet, bekommt man den Eindruck, daß sie für Affen und Schafe konzipiert wurden.

DI Heinz Waschgler, Salzburg
Leserbrief *Kronen-Zeitung*, 3. 9. 2013



Bild-Quelle : www.cms.gruene.at



Bild-Quelle : www.gruene.at

Anmerkung der **Nachdenk-Seite** zum Wahlplakat der Grünen – mit dem Sager „*Wer einmal stiehlt, den wählt man nicht*“. >> Wer hat im Parlament die Griechenlandhilfe samt **ESM** mitratifiziert? Dreimal dürft Ihr raten... Ja, es waren die Grünen! (In ihren guten Anfängen gegen die **EU**, heute uneingeschränkte, glühende Befürworter der „*Brüsseler Sojvet-Union*“ !)

Die Vergesslichkeit der Österreicher !

Es waren die Grünen, die eine sehr grausliche Werbung über Österreich machten :
„Nimm dei Flaggerl für dei Gackerl, wer Österreich liebt, muss Scheiße sein“.
Ich liebe Österreich, es ist meine Heimat, darum würde ich die Grünen nie wählen.

Heinz Ptak, Wien

Leserbrief aus *Kronen-Zeitung* , 3. 9. 2013



Bild-Quelle : www.overclockers.at

Mit einem verfremdeten Plakat der Wiener Anti-Hundekot-Kampagne hat die Grüne Partei-Jugend an der Zentrale in der Lindengasse Nationalismus-Kritik* geübt. Nach einem Bericht der Gratiszeitung „Heute“ wurde das Bild eines treuherzig blickenden Hundes mit dem Text „Nimm ein Flaggerl für dein Gaggerl“ auf rot-weiß-rottem Grund nun entfernt, so Landessprecherin Birgit Meinhard-Schiebel am Mittwoch zur APA. (Aus www.overclockers.at – 13. Dezember 2007)

„Der Aufruf, mit der österreichischen Fahne Kot aufzuwischen, ist eine Ungeheuerlichkeit. Außerdem ist eine derartige Verächtlichmachung unseres Staates auch strafbar.“ Aussage zu diesem Vorfall von Harald Vilimsky, damals General-Sekretär der FPÖ.)

Anmerkung der *Nachdenk-Seite* : Daß die **Grünen** die sozusagen **erste Österreich-feindliche Partei** in unserem Land ist, ist längst bekannt. (in-offizielle Österreich-feindliche Parteien haben wir ja gleich mehrere.)

*Nationalismus-Kritik geübt. – Aber bei jeder Gelegenheit plärren : **Rassismus !!**

Wenn man bei öffentlichen Veranstaltungen das – weitgehend total disziplinslose – Verhalten dieser Leute schon mal gesehen hat, kann man sich berechtigt die Frage stellen : Sind sie selbst nicht die ärgsten Rassisten ?

► www.nachdenk-seite.at ◀